



УКРАЇНА-2050
UKRAINE-2050

30. Juni 2020

Seiner Exzellenz, dem Premierminister von Kanada, Herrn Justin Trudeau

Seiner Exzellenz, dem Präsidenten von Frankreich, Herrn Emmanuel Macron

Ihrer Exzellenz, der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschlands, Frau Angela Merkel

Seiner Exzellenz, dem Premierminister von Italien, Herrn Giuseppe Conte

Seiner Exzellenz, dem Premierminister von Japan, Herrn Shinzō Abe

Seiner Exzellenz, dem Premierminister des Vereinigten Königreichs, Herrn Boris Johnson

Seiner Exzellenz, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Donald Trump

Seiner Exzellenz, dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn Charles Michel

Ihrer Exzellenz, der Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau Ursula von der Leyen

Offener Brief an die Staats- und Regierungschefs der G7 und die EU-Präsidenten über die Möglichkeit, zum damaligen G8-Format zurückzukehren und die Russische Föderation einzubeziehen

Ihre Exzellenzen,

Letzte Berichte über die Möglichkeit, die G7 – mal wieder – auf die Russische Föderation („RF“) zu erweitern, lösten große Besorgnis in der ukrainischen Weltgemeinschaft aus.

Ein derart unvorstellbarer Schritt in der Realität der heutigen geopolitischen Lage würde die „Erklärung von Den Haag“ der G7, die am 24. März 2014 von den Staats- und Regierungschefs der G7 und den EU-Präsidenten zur Unterstützung der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine verabschiedet wurde, zum absoluten Gespött machen.

Die Haager Erklärung der G7 stellt dies unmissverständlich fest:

„1. Wir, die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten sowie der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Europäischen Kommission sind in Den Haag zusammen gekommen, um unsere Unterstützung für die Souveränität, territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit der Ukraine zu bekräftigen.

2. Das Völkerrecht verbietet die teilweise oder vollständige Aneignung des Hoheitsgebiets eines anderen Staates durch Zwang oder Gewalt. Wer dies tut, verstößt gegen die Grundsätze, auf denen das internationale System beruht. Wir verurteilen das illegale Referendum, das auf der Krim unter Verletzung

der Verfassung der Ukraine durchgeführt wurde. Wir verurteilen ferner mit Nachdruck den illegalen Versuch Russlands, die Krim unter Missachtung des Völkerrechts und spezifischer internationaler Verpflichtungen zu annektieren. Wir erkennen beides nicht an.

3. Heute bekräftigen wir, dass die Aktionen Russlands erhebliche Konsequenzen haben werden. Diese klare Verletzung des Völkerrechts stellt eine ernsthafte Herausforderung für die Rechtsstaatlichkeit weltweit und betrifft alle Staaten. Als Reaktion auf die Verletzung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine durch Russland und zur Unter-mauerung unserer Entschlossenheit, auf diese illegalen Aktionen zu reagieren, haben wir einzeln und gemeinsam eine Reihe von Sanktionen gegen Russland und die verantwortlichen natürlichen und juristischen Personen beschlossen. Wir sind nach wie vor bereit, die Maßnahmen, darunter abgestimmte sektorbezogene Sanktionen, zu intensivieren, die sich in immer stärkerer Weise auf die russische Wirtschaft auswirken werden, falls Russland weiterhin Schritte zur Eskalation der Lage unternimmt. [...]

6. Unsere Gruppe kam wegen gemeinsamer Überzeugungen und gemeinsamer Verantwortlichkeiten zusammen. Die Aktionen Russlands in den letzten Wochen sind damit nicht vereinbar. Unter diesen Umständen werden wir an dem geplanten Gipfeltreffen in Sotschi nicht teilnehmen. Wir werden unsere Teilnahme an der G8 aussetzen, bis Russland seinen Kurs ändert und wieder ein Umfeld geschaffen ist, in dem die G8 in der Lage ist, sinnvolle Gespräche zu führen [...].“

Seit der Haager Erklärung der G7 hat die RF ihre völlige Missachtung des Völkerrechts und der von allen G7-Mitgliedsstaaten und der EU geteilten Grundwerte, deutlich herausgestellt.

In der Tat hat die RF nicht nur die Krim unter direkter Verletzung ihrer internationalen Verpflichtungen besetzt, sondern ist auch anschließend in Teile der Ostukraine eingedrungen und führt ihre illegale Besetzung fort.

Infolge der unaufhörlichen militärischen Aggression der RF gegen die Ukraine wurden in Donbass über 13.000 Menschen getötet und über 30.000 verletzt, und es gibt derzeit über 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge in der Ukraine.

Diese erbarmungslose militärische Aggression führte auch zum Abschuss des zivilen Flugzeuges MH17 im Juli 2014 durch russische Streitkräfte in der Ostukraine, der die Welt in Schrecken versetzte und bei etwa 300 Familien in den Niederlanden, Malaysia, Australien, Indonesien, Großbritannien, Deutschland, Belgien, den Philippinen, Kanada, Neuseeland und den Vereinigten Staaten große Trauer auslöste.

Darüber hinaus berichten die Menschenrechtsorganisationen von eklatanten Verstößen gegen die religiösen, politischen, sprachlichen und kulturellen Rechte und Freiheiten der krym-tatarischen und ukrainischen Bevölkerung auf der Krim, der Bewohner der von der RF besetzten Gebiete in Donbass und der ukrainischen politischen und militärischen Gefangenen in der RF.

Ausgehend vom heutigen globalen grenzüberschreitend mobilisierter Klima-Proteste demonstriert die Zivilgesellschaft sehr deutlich ihre Intoleranz gegenüber allen Formen von Rassismus und grundlegenden Menschenrechtsverletzungen.

Außerhalb der Ukraine hat die RF seit der Haager Erklärung der G7 verschiedene Formen hybrider Aggressionen in anderen Teilen der Welt verübt.

Die RF mischte sich in die demokratischen Prozesse des Westens ein, einschließlich der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2016 in den Vereinigten Staaten und der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2017 in Frankreich, sie plante den gewaltsamen Sturz der gewählten Regierung in Montenegro, heizte den Separatismus in Katalonien an und unterstützte finanziell ausländische politische Parteien. Es gab politische Attentate, darunter einen gescheiterten Versuch, den chemischen Nervenkampfstoff an einem Ziel des Kremls in Salisbury, Großbritannien, einzusetzen. Russland wurde Cyberangriffe auf Regierungssysteme und lebenswichtige Infrastrukturen in der westlichen Welt vorgeworfen. Die RF ist

auch an massiven Desinformationskampagnen beteiligt, die darauf abzielen, den Westen, einschließlich der G7-Mitgliedstaaten und der EU, zu diskreditieren und zu schwächen.

Unglaublich, während die ganze Welt zusammenkam, um die Pandemie COVID-19 zu bekämpfen, verletzte die Russische Föderation weiterhin ungestraft ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen und Ihren Waffenstillstand in der Ukraine.

Unter diesen Umständen wird jede Diskussion über eine Erweiterung der G7 um Russland, auch wenn sie abgelehnt wird, den Anschein der Zwietracht in dieser Hinsicht erwecken. Dies wird als Zeichen der Schwäche der G7 und der EU interpretiert und die RF ermutigen, ihre Kontrolle über die Krim zu verstärken und ihre expansionistische Politik im Osten der Ukraine sowie in anderen Teilen der Welt zum Nachteil der G7-Mitgliedstaaten, der EU und der globalen Sicherheit fortzusetzen.

Daher rufen wir Sie auf, eine eindeutige Stellungnahme abzugeben: (i) Ihr Bekenntnis zur Umsetzung der Haager Erklärung der G7; (ii) Ihre weitere Unterstützung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit der Ukraine; und (iii) dass Sie weder Ihre Teilnahme am früheren G8-Format wieder einführen noch die RF zur Teilnahme an künftigen G7-Gipfeln einladen werden, solange die RF unmissverständlich bewiesen hat, dass sie die Grundwerte der G7-Mitgliedstaaten und der EU teilt, einschließlich der Achtung der Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, und die illegale Besetzung der Krim und Teile der Ostukraine vollständig eingestellt hat.

Mit freundlichen Grüßen

Eugene Czolij

Präsident der NGO „Ukraine-2050“

Präsident des Weltkongresses der Ukrainer (2008-2018)

Kopie: Seiner Exzellenz, dem Präsidenten der Ukraine, Herrn Volodymyr Selenskyj

Die Nichtregierungsorganisation (NGO) „Ukraine-2050“ ist eine gemeinnützige Organisation, die gegründet wurde, innerhalb einer Generation – bis 2050, die Strategie für die nachhaltige Entwicklung der Ukraine als ein völlig unabhängiger, territorial integraler, demokratischer, reformierter und wirtschaftlich wettbewerbsfähiger europäischer Staat umzusetzen.